

## Protokoll

Gremium: Sozialausschuss

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 14.04.2021  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:50 Uhr  
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Wolfgang Mickelat

#### Mitglieder

Herr Edgar Autenrieb

Frau Heidi Exner

Herr Holger Mundt

Herr Hartwin Preussner

Herr Eckhard Roesse

Frau Monika Sager-Gertje

Herr Lars Schmidt-Berg

Vertretung für KA Beeken

Frau Irmgard Stolle

Frau Kira Wiechert

Vertretung für KA Bruns

#### von der Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Herr Kreisverwaltungsrat Torsten Niebisch

Herr Kreisverwaltungsoberrat Günter Siebels

Frau Kreisamtsfrau Irmtraud Tepe

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

Herr Awa el Scheich

Herr Ltd. Medizinaldirektor Dr. Elmar Vogelsang

#### Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

#### beratendes Mitglied

Frau Sabine Gräper

Herr Heiko Ockenga

Vertretung für Herrn Schönbrunn

Frau Anna Pfeiffer

Herr Andreas Retzlaff

### Abwesend:

#### Mitglieder

Frau Sylvia Bäcker

Frau Claudia Beeken

Frau Maria Bruns

Herr Jürgen Drieling

Herr Gotthard Schönbrunn

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 05.11.2020
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Verpflichtung eines zusätzlich in den Sozialausschuss berufenen Mitgliedes auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot  
Vorlage: MV/019/2021
- 7** Müllabfuhr in Stichstraßen/Bericht auf Antrag des Kreisseniorenbeirates  
Vorlage: MV/007/2021
- 8** Bericht des Jobcenters Ammerland  
Vorlage: MV/013/2021
- 9** Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2021  
Vorlage: BV/034/2021
- 10** Rückgabe des Fallmanagements für unter 25jährige an das Jobcenter Ammerland zum 01.01.2022  
Vorlage: MV/014/2021
- 11** Förderung des Projektes KoLAplus  
Vorlage: BV/035/2021
- 12** Sozialhilfestatistik/Fallzahlenentwicklung 2020  
Vorlage: MV/018/2021
- 13** Integrationsbericht 2020/2021 und Fortschreibung des Handlungskonzeptes Migration und Teilhabe im Landkreis Ammerland  
Vorlage: MV/020/2021
- 14** Sachstandsbericht zur Corona-Lage: Kontaktnachverfolgung/Testen/Impfen  
Vorlage: MV/022/2021
- 15** Mitteilungen des Landrates
- 16** Anfragen und Hinweise
- 17** Einwohnerfragestunde
- 18** Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vors. Mickelat eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Mickelat stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 05.11.2020**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **Zu TOP 6 Verpflichtung eines zusätzlich in den Sozialausschuss berufenen Mitgliedes auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot Vorlage: MV/019/2021**

EKR Kappelmann verpflichtet Frau Anna Pfeiffer nach § 60 NKomVG auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot.

Vors. Mickelat heißt Frau Pfeiffer als Mitglied im Sozialausschuss herzlich willkommen und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

### **Zu TOP 7 Müllabfuhr in Stichstraßen/Bericht auf Antrag des Kreissenorenbeirates Vorlage: MV/007/2021**

Herr Ockenga begründet den Antrag des Kreissenorenbeirates zum Thema Müllabfuhr und der damit verbundenen geänderten Regelung für die Müllabfuhr in Stichstraßen. Er erinnert an die im Oktober 2016 stattgefundenen Änderung der Regelung der Berufsgenossenschaften u. a. für die Branchenregelung der Müllabfuhr, die am 1. Juni 2018 in Kraft getreten sei. Dadurch seien Sammelfahrten so zu organisieren, dass keine Rückfahrtsfahrten erfolgen. Der Landkreis Ammerland habe mit einer Stichstraßenregelung auf die neue Gesetzeslage reagiert, bei der Anwohner aufgefordert wurden, ihre Mülltonnen an festgelegte Sammelplätze zu bringen. Der Kreissenorenbeirat habe das Thema aufgegriffen, weil die Lebenserwartung der Bevölkerung bei durchschnittlich 80 Jahren liege und durch den demografischen Wandel mit

zunehmender Tendenz ansteige. Es sei zu erwarten, dass immer mehr ältere Menschen mit zunehmenden körperlichen Einschränkungen im eigenen Haus leben werden und damit für diesen Personenkreis die Vorgaben der Abfallwirtschaft zum Problem werden. Im Weiteren dürfe das Thema Inklusion nicht außer Acht gelassen werden.

Der Kreissenorenbeirat sei der Auffassung, dass bei Vornahme von einseitigen Rationalisierungsmaßnahmen der Abfuhrunternehmen durch technische Umstellungen ein Ausgleich geschaffen werden müsse, damit sich keine Benachteiligungen für die Bevölkerung ergeben. Es habe Irritationen zwischen dem Kreissenorenbeirat und dem Abfallwirtschaftsbetrieb gegeben. Die Verschärfung der Regeln, die im Juni 2020 in Kraft getreten seien, seien seit 2016 bekannt. Aus Sicht des Kreissenorenbeirates sei für den Abfallwirtschaftsbetrieb sowie für die Entsorgungsunternehmen genügend Zeit gewesen, sich auf die Veränderungen einzustellen. Der Kreissenorenbeirat habe den Antrag gestellt mit dem Hinweis, dass die Verträge mit den Entsorgungsunternehmen in absehbarer Zeit ablaufen und man bei den Neuausschreibungen auf die technischen Möglichkeiten hinweisen müsse. Die jetzigen Verträge seien im Jahr 2018 abgeschlossen worden. Zu diesem Zeitpunkt seien die Verschärfungen bereits bekannt gewesen. Insoweit sei eine Chance im Vorgriff auf die Neuerungen vertan worden und der Abfallwirtschaftsbetrieb hätte reagieren können. Eine Neuausschreibung sei für das Jahr 2025 geplant. Insofern müsse die Neuregelung für Anwohner in Stichstraßen bis dahin in Kauf genommen werden.

EKR Kappelmann dankt Herrn Ockenga für die ergänzenden Ausführungen. Er geht auf die Anmerkung der Ausschreibung im Jahr 2018 ein und führt aus, dass die neuen Regeln 2018 in Kraft getreten seien. Eine Berücksichtigung habe nicht stattgefunden, da Ausschreibungen einen erheblichen zeitlichen Vorlauf benötigen. Die Ausschreibung für das Jahr 2018 sei bereits im Jahr 2016 vorbereitet worden. Auch die Unternehmen würden eine entsprechend lange Vorlaufzeit benötigen. In die Ausschreibungsunterlagen würde die verpflichtende Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen mit aufgenommen. Dazu würden auch die Unfallverhütungsvorschriften gehören, die zu beachten seien. Die Berufsgenossenschaft, die für die Einhaltung der Regeln zuständig und auch verantwortlich sei, habe sich jahrelang eher zurückhaltend verhalten und den Entsorgungsbetrieben keine konkreten Vorgaben gemacht. Inzwischen würden die Berufsgenossenschaften ihre Aufsichtsfunktionen jedoch deutlich intensiver wahrnehmen und in konkreten Fällen auch an die Firmen herantreten. In der Folge sei die Berufsgenossenschaft auch auf das beauftragte Entsorgungsunternehmen für den Landkreis Ammerland zugekommen. Das Entsorgungsunternehmen sei aufgefordert worden, ihre Abfuhr in Teilbereichen umzustellen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb habe sich unter Einbeziehung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb ein abgestimmtes Vorgehen überlegt. Die Thematik sei mit der Ausweisung von Abstellpunkten für Sammelbehälter abgeschlossen. Es seien wenig Beschwerden an den Abfallwirtschaftsbetrieb herangetragen worden. Problemfälle seien in Ortsterminen mit den Anwohnern besprochen worden und man habe vor Ort nach Lösungen gesucht. Mögliche technische Lösungen wie z. B. der Einbau von Kameras in den Entsorgungsfahrzeugen seien zurzeit von der Berufsgenossenschaft noch nicht zugelassen. Insofern sei die Forderung nach Ausstattung der Fahrzeuge mit entsprechender Technik nicht zielführend. Die Regelungen und damit verbundenen Probleme betrafen nicht nur Haushalte mit älteren Bewohnern, sondern alle Anwohner an Stichstraßen. Der Umstand sei bedauerlich, sei aber aufgrund von berufsgenossenschaftlichen Regelungen nicht abwendbar.

Herr Ockenga dankt EKR Kappelmann für die Erläuterungen und nimmt diese zur Kenntnis. Der Kreissenorenbeirat werde sich weiterhin für eine Änderung der Regelungen einsetzen und hoffen, dass technische Assistenzsysteme zukünftig zum Ein-

satz kommen dürfen. Nach Wahrnehmung des Kreissenorenbeirates hätten sich nicht alle Haushalte negativ zu den Änderungen geäußert. Der Kreissenorenbeirat werde darauf hinweisen, dass Beschwerden an den Landkreis Ammerland herangetragen werden sollen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Bericht des Jobcenters Ammerland  
Vorlage: MV/013/2021**

KVOR Siebels trägt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) den Bericht des Jobcenters Ammerland vor. Er geht insbesondere auf Auswirkungen durch die Corona-Pandemie ein. Er weist zu den Zahlen zur Kurzarbeit darauf hin, dass die Zahlen zeitversetzt gemeldet würden und nicht dem aktuellen Stand entsprechen würden. Die letzte Aktualisierung habe im September 2020 stattgefunden. KVOR Siebels erläutert die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, die deutlich unter dem Niveau aus dem Jahre 2018 liege. Er geht im Weiteren auf die Integration in Arbeit und Ausbildung ein. Zu den Finanzen des Jobcenters führt er aus, dass nur geringe Veränderungen zum Vorjahr eingetreten seien. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden.

Abschließend verweist KVOR Siebels auf die vorbildliche Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher im Ammerland und geht kurz auf die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket ein.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 9 Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2021  
Vorlage: BV/034/2021**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Verein „pro:connect“ wird für das Jahr 2021 mit 3.600 € für Sachaufwand gefördert. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 10 Rückgabe des Fallmanagements für unter 25jährige an das Jobcenter  
Ammerland zum 01.01.2022  
Vorlage: MV/014/2021**

KR Rabe verweist zum Sachverhalt auf die Vorlage. Er führt ergänzend aus, dass das Jobcenter lange Jahre erfolgreich mit der Kreisvolkshochschule zusammengearbeitet habe und die KVHS das Modell der vermittelrischen Betreuung für 15- bis unter 25-jährige im Auftrag des Jobcenters durchgeführt habe. Durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes sei die Bearbeitung über die KVHS nicht mehr zulässig. Ein tragender Grundsatz der SGB II-Reform aus dem Jahr 2005 sei der Grundsatz „Hilfe aus einer Hand“. Dadurch sei es nicht mehr möglich Teilbereiche der SGB II Aufgaben auszulagern. Erfreulich sei, dass die rechtliche Überprüfung ergeben habe, dass es sich bei der Rückgabe um einen arbeitsrechtlichen Teilbetriebsübergang handele und kein Personalauswahlverfahren notwendig werde. Insofern habe die KVHS keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen müssen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien von der KVHS in die Kreishausverwaltung zu übernehmen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 11 Förderung des Projektes KoLAplus  
Vorlage: BV/035/2021**

KR Rabe erläutert, dass die Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH das Projekt KoLA probeweise seit dem Jahr 2011 erfolgreich durchgeführt habe. Das Projekt sei bis zum 31.12.2021 befristet. Dadurch seien auch die Arbeitsplätze bei der KVHS befristet. Geplant sei die dauerhafte Durchführung des Projektes KoLAplus. Mit der Entfristung könnten auch die Arbeitsplätze entfristet werden. Eine Beendigung des Projektes sei aber weiterhin durch Kündigung möglich.

KA Stolle führt aus, dass das Projekt KoLa im Jahr 2011 initiiert worden sei. Seinerzeit habe man damit den Abbau bzw. die Verhinderung schulischer Defizite von Kindern und Jugendlichen herbeiführen wollen. Der Fokus sei damals auf alle deutschen Kinder ausgerichtet gewesen. Sie erinnere sich gut an die anfänglichen Probleme zur Akzeptanz und zur Findung von geeigneten Dozenten. Im Laufe der Jahre habe sich das Modell zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Das Projekt KoLAplus spreche darüber hinaus speziell neu zugewanderte Kinder und Jugendliche an, um entsprechende Chancen zu vermitteln. Die Entfristung sei ein wichtiges Element. Bildung sei und bleibe der Schlüssel für den Zugang für ein zukünftiges eigenständiges und selbstständiges Leben. Die Investition für das Projekt KoLAplus sei gut angelegtes Geld.

KA Exner schließt sich den Worten von KA Stolle an. Die Investition erscheine zunächst sehr hoch für die Erlangung eines Hauptschulabschlusses. Wenn die Chance von den Jugendlichen aber ergriffen und damit ein Leben in Selbstständigkeit ermöglicht werde, würden die Folgekosten für die Gesellschaft entsprechend niedriger ausfallen. Ohne einen Hauptschulabschluss sei es kaum möglich, einen Beruf zu erlernen. Dadurch könne es zu einer lebenslangen Unterstützung kommen. Insofern sei es gut angelegtes Geld, um junge Menschen in ein zufriedenes, eigenständiges Leben zu bringen. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Förderung des Projektes "KoLAplus – bessere Teilhabechancen für (neuzugewanderte) Kinder im Ammerland" wird auf unbestimmte Zeit verlängert. Es ist eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung mit der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH abzuschließen.

Die Haushaltsmittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung im Produktbereich 31.2 eingeplant. Für das Haushaltsjahr 2022 werden 231.291,45 €, für das Haushaltsjahr 2023 241.545,69 € sowie für das Haushaltsjahr 2024 263.680,84 €. Die weitere Einplanung erfolgt im Rahmen einer Fortschreibung mit jährlich 2 % der Personalkosten und 1 % der Sachkosten.

**Zu TOP 12 Sozialhilfestatistik/Fallzahlenentwicklung 2020  
Vorlage: MV/018/2021**

KVR Niebisch trägt die Sozialhilfestatistik und die Fallzahlenentwicklung 2020 anhand einer Power-Point Präsentation vor und verweist auf die den Unterlagen beige-

fügten Vorlage. Er geht in seinem Bericht auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ein. Im Bereich der Grundsicherung seien steigende Zahlen zu erkennen. Die Kosten würden aber zu 100 % vom Bund erstattet. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften beim Asylbewerberleistungsgesetz seien nach der Flüchtlingswelle seit dem Jahr 2017 weitestgehend gleichbleibend. Er geht im Weiteren auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen ein, bei denen weiterhin steigende Zahlen zu erkennen seien. Für Integrationshelfer in den Regelschulen und in den Förderschulen würden hohe Beträge eingesetzt. Zum 31.12.2020 wurden 63 Kinder im Rahmen des SGB IX schulisch begleitet. In der Frühförderung würden zurzeit 158 Kinder im Vorschulalter betreut. Coronabedingt seien Besuche oft nicht möglich. Es werde durch die Frühförderinnen versucht, zu diesen Kindern Kontakt per Video, Telefon, E-Mail etc. aufrecht zu erhalten, um den Kontakt nicht zu verlieren. Zur Hilfe zur Pflege innerhalb und außerhalb von Einrichtungen führt KVR Niebisch aus, dass zum 1. Januar 2020 mit der nächsten Stufe des Bundesteilhabegesetzes neue Zuständigkeiten in Niedersachsen eingetreten seien. Danach liege die Zuständigkeit für alle Personen über 18 Jahre beim Land, der Landkreis sei für die Personen unter 18 Jahren zuständig. Dies gelte grundsätzlich für alle Hilfen im Rahmen von SGB IX und XII.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 13 Integrationsbericht 2020/2021 und Fortschreibung des Handlungskonzeptes Migration und Teilhabe im Landkreis Ammerland  
Vorlage: MV/020/2021**

AL Kleinschmidt und Herr el Scheich erläutern anhand einer Power-Point Präsentation (Anlage 2) einzelne Ergebnisse zum Integrationsbericht 2020/2021 und zur Fortschreibung des Handlungskonzeptes. AL Kleinschmidt geht dabei auf die Hauptaufgaben der Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe ein. Herr el Scheich geht insbesondere auf den Ausländeranteil im Ammerland und dessen Entwicklung ein. Abschließend gibt AL Kleinschmidt einen Ausblick auf die zukünftigen Schwerpunkte, die, besonders im Bildungsbereich, verfestigt und weiter begleitet werden sollen.

KA Autenrieb bringt zum Ausdruck, dass die verschiedenen Maßnahmen erfreulicherweise erfolgreich durchgeführt und angenommen werden und wie gut der Landkreis Ammerland aufgestellt sei.

KA Roese merkt an, dass im Bereich Schwangerschaftsberatung auffällig sei, dass deutsche Frauen mit Migrationshintergrund nur einen geringen Teil ausmachen. Er fragt nach dem Hintergrund.

AL Kleinschmidt erläutert, dass die Statistik die Frauen mit Migrationshintergrund als deutsche Frauen führe. Nur die Migrantinnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit würden als Ausländerinnen statistisch erfasst.

Herr Ockenga geht auf den Schwerpunkt Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement ein und bittet um Erläuterung.

AL Kleinschmidt erläutert, dass der Landkreis Ammerland schon sehr früh die ehrenamtliche Migrationsarbeit, auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, strukturiert habe. Die dafür beschlossene Richtlinie besage, dass der Landkreis Ammerland seinen Schwerpunkt auf die ehrenamtliche Sprachmittlung und die Qualifikation im

Ehrenamt von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern und Integrationslotsen habe. Die ehrenamtliche Integrationsarbeit über Integrationslotsen werde von den Gemeinden koordiniert und begleitet.

Vors. Mickelat dankt im Namen der Mitglieder des Sozialausschusses allen Beteiligten für die erfolgreiche Arbeit.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 14 Sachstandsbericht zur Corona-Lage:  
Kontaktnachverfolgung/Testen/Impfen  
Vorlage: MV/022/2021**

KR Rabe führt aus, dass das Team Corona seit März 2020 im ehemaligen Bürogebäude der Firma Steinhoff untergebracht und in erster Linie für die Kontaktnachverfolgung und die damit verbundenen Aufgaben, wie etwa die Versetzung in Quarantäne zuständig sei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung seien im Rahmen eines Rotationsverfahrens zu fast 20 % im Corona-Team und im Impfzentrum tätig. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen für die Arbeit in der Kernverwaltung und dies führe zu Verzögerungen auch bei den Servicegarantien. Des Weiteren würden viele Dienstleistungen nicht in gewohnter Weise durchgeführt. Mit der Entwicklung des Pandemie-Geschehens habe man ein „atmendes“ System eingerichtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden im Rahmen eines Rotationsverfahrens eingesetzt. Dadurch würden das Personal und die Ämter der Kreisverwaltung gleichmäßig belastet bzw. entlastet. Ein weiterer Vorteil sei, dass bereits eingearbeitete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schnell wieder in das Team integriert werden könnten. Insofern laufe die Arbeit im Corona-Team reibungslos, auch bei vermehrter Arbeitsbelastung.

KR Rabe weist darauf hin, dass das Corona-Team sehr erfolgreich von zwei jungen Nachwuchskräften organisiert werde und somit das Gesundheitsamt entlastet sei. Die Kontaktnachverfolgung sei in der gesamten Zeit reibungslos verlaufen, auch wenn die Inzidenzzahl deutlich über 50 gelegen habe. Bei den Neuinfektionen seien 60 % der infizierten Personen bereits durch eine Kontaktnachverfolgung bekannt gewesen und bereits in häusliche Quarantäne versetzt worden. Ein großes Problem sei die Urlaubsplanung und der Überstundenabbau für die im Corona-Team und im Impfzentrum eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Entlastung müsse herbeigeführt werden, um der Fürsorgepflicht für das Personal gerecht zu werden. Er betont, dass die Kreisverwaltung durch externe Institutionen wie etwa das Finanzamt, das Katasteramt und auch durch Beschäftigte unterstützt werde.

KR Rabe informiert zum Thema Testzentren, dass die Aufgabe von den Gemeinden bzw. der Stadt Westerstede übernommen worden sei. Die Gemeinden/Stadt hätten eine individuelle dezentrale Struktur aufgebaut. Man könne sich unabhängig vom Wohnort in jeder Gemeinde bzw. der Stadt Westerstede testen lassen. Die Gemeinden würden außerdem zu unterschiedlichen Zeiten testen. Für die Zukunft werde das Testen eine wichtige Rolle spielen, um Besuche im Einzelhandel, in der Gastronomie etc. gewährleisten zu können. In den Testzentren seien bisher ca. 7.000 Tests durchgeführt worden, wovon nur ca. 20 positive Testergebnisse an das Gesundheitsamt gemeldet worden seien, so KR Rabe weiter. Von diesen positiven Schnelltestergebnissen hätten sich beim nachfolgenden PCR-Test nur etwa die Hälfte als positiv herausgestellt. Es sei deutlich geworden, dass im Ammerland die Dunkelziffer der Infektionen sehr gering sei. Zur weiteren Kontaktnachverfolgung sei im Landkreis



Ammerland die Luca-App eingeführt worden und das Gesundheitsamt sei auch hier jetzt einsatzbereit.

KR Rabe teilt zum Impfzentrum mit, dass bisher ca. 23.000 Erstimpfungen stattgefunden hätten. Ein aktuelles Problem seien die häufigen Terminversäumnisse. Vergebene Termine würden oft nicht abgemeldet, wenn ein Impftermin z. B. beim Hausarzt wahrgenommen worden sei. Auch die Verunsicherung wegen des Impfstoffs von AstraZeneka führe dazu, dass Impftermine nicht wahrgenommen, aber auch nicht abgesagt würden. Bei einer fristgerechten Abmeldung über die Hot-Line oder direkt beim Impfzentrum könne man schneller Impfwillige aus der Warteliste kontaktieren. Durch die Probleme mit dem Impfstoff von AstraZeneka würden des Weiteren die Aufklärungsgespräche durch den Arzt mehr Zeit in Anspruch nehmen und man habe den Personalbestand bei den Ärzten verdoppeln müssen. Die Abwicklung der Impfungen im Impfzentrum werde aber nach wie vor von den meisten Impfwilligen als sehr positiv empfunden. Die durchweg positiven Mitteilungen aus der Bevölkerung trage in hohem Maße zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Impfzentrum bei. Es sei davon auszugehen, dass Mitte April die Kategorie 1 abgeschlossen sei und Kategorie 2 bis Ende Mai durchgeimpft werde könne.

KR Rabe informiert darüber, dass das Land kurzfristig am 14. April mitgeteilt habe, dass am letzten Aprilwochenende durchgehend geimpft werden solle. Die kurze Vorlaufzeit stelle die Verantwortlichen für das Impfzentrum vor eine große Herausforderung, weil es vorher keine kommunale Abstimmung gegeben habe.

Dr. Vogelsang berichtet zur allgemeinen Corona-Lage, dass die Impfkampagne in den Pflegeheimen bereits positive Auswirkungen zeige. Er teilt kurz Informationen und Hintergründe zum Infektionsgeschehen im Pflegeheim Azurit in der Gemeinde Apen mit. Es habe sich um eine tragische Entwicklung gehandelt, die durch die britische Virus-Variante hervorgerufen worden sei und der Impfstoff noch keine ausreichende Immunität erzeugt hatte. Man habe mit dem Pflegeheim durchgehend in Kontakt gestanden und alle Vorgehensweisen intensiv miteinander besprochen und abgestimmt. Das Gesundheitsamt sei des Weiteren mehrfach in der Woche vor Ort gewesen.

Seitdem die Lage sich wieder entspannt habe, seien in den Pflegeheimen noch einzelne Infektionen aber keine Ausbrüche mehr aufgetreten. Dies zeige den Erfolg der Impfkampagne in den Pflegeheimen.

Zu den Einrichtungen der Kindertagesstätten führt Dr. Vogelsang aus, dass durch die britische Virus-Variante jetzt auch bei Kindern vermehrt Erkrankungen aufträten. In zwei Kitagruppen seien mehrere Infektionen gleichzeitig aufgetreten. In neun Kindereinrichtungen sei hingegen nur jeweils ein Fall aufgetreten und hätte zu keinen weiteren Ansteckungen geführt. Nach wie vor seien die Einrichtungen für Kinder nicht die Infektionstreiber.

Dr. Vogelsang lobt abschließend die Organisationsleitung des Corona-Teams und des Impfzentrums. Das Gesundheitsamt habe zusätzliches Personal eingestellt, um den zusätzlichen Arbeitsaufwand leisten zu können. Die Aufstockung des Personals im Bereich der Ärzte habe ebenfalls zu einer Entlastung für das Gesundheitsamt geführt.

Herr Ockenga fragt nach, wie und wo man Impftermine absagen könne. Er habe von Betroffenen gehört, dass eine Absage beim Land nicht möglich sei oder nicht akzeptiert werde.

KR Rabe antwortet, dass eine Abmeldung auch direkt im Impfzentrum in Rostrup möglich sei und unbedingt vorgenommen werden solle. Er wundere sich darüber, dass eine Abmeldung über die Hot-Line des Landes nicht möglich sei.

KA Stolle bestätigt den Hinweis von Herrn Ockenga, dass die Hot-Line des Landes nicht sehr gut zu erreichen sei. Sie bedankt sich für die Information, dass man sich direkt im Impfzentrum abmelden könne.

KA Schmidt-Berg geht auf den Aufruf im Jahr 2019 ein, bei dem Freiwillige für den Dienst im Impfzentrum gesucht worden seien. Er fragt nach dem Ergebnis und ob Freiwillige eingestellt worden seien, insbesondere auch für die Arbeit in Testzentren. Bei ihm eingegangene Rückmeldungen würden den Eindruck verschaffen, dass auf Freiwillige nicht in hohem Maße zurückgegriffen worden sei.

KR Rabe bestätigt, dass die Einstellung von Freiwilligen nicht zum gewünschten Erfolg geführt habe. Für die Testzentren hätten die Gemeinden/Stadt unterschiedliche Vorgehensweisen. Es gebe Personen, die sich mit kleinen Testzentren selbstständig gemacht hätten und auf die zurückgegriffen werde. Voraussetzung sei die fachliche Voraussetzung und die Beauftragung durch das Gesundheitsamt. Das Problem bei den ehrenamtlichen Helfern sei, dass diese zumeist nur an bestimmten Tagen, Zeiten oder Wochen eingesetzt werden wollen. Damit könne keine kontinuierliche Planbarkeit und Durchhaltefähigkeit des Arbeitseinsatzes erfolgen. Durch den Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern müsse eine Verlässlichkeit hergestellt werden, die von den Bewerbern nicht immer gewährleistet werden konnte. Insofern habe man in vielen Fällen von Einstellungen abgesehen.

KA Autenrieb geht auf die Lieferung von Impfdosen ein, die in nächster Zeit sukzessive gesteigert werden soll. Er fragt nach, ob das Impfzentrum trotz Personalmangels noch mehr Impfungen leisten könne.

KR Rabe antwortet, dass das Impfzentrum in zwei Schichten und mit sechs Impfstraßen impfen könne. Damit könnten fast 6.000 Impfungen pro Woche durchgeführt werden. Für diesen Fall sei Personal verfügbar. Es sei davon auszugehen, dass die Impfung im Laufe der Zeit auf die Hausärzte übergehen werde.

KA Schmidt-Berg fragt nach, welche Impfstoffe eingesetzt werden und wie die Aufteilung der gelieferten Impfdosen vorgesehen sei.

KR Rabe antwortet, dass aktuell drei Impfstoffe verimpft würden. Dabei handele es sich um den Impfstoff von Biontech-Pfizer zu ca. 45 %, AstraZeneka mit zu ca. 45 % und Moderna zu etwa. 10 %. Das Problem beim Impfstoff von Biontech sei die Lagerung bei einer Kühlung, die mind. -70 Grad betragen müsse. Der Impfstoff sei in erster Linie für die Verarbeitung von Spezialisten vorgesehen.

Vors. Mickelat fragt nach, ob nach einer Zweitimpfung weiterhin zu wöchentlichen Testungen geraten werde.

Dr. Vogelsang antwortet, dass der Impfschutz zwei Wochen nach der zweiten Impfung eintrete und eine Testung danach nicht mehr notwendig sei.

Auf Nachfrage von Vors. Mickelat, wie Priorität 1 erläutert werden könne, antwortet KR Rabe, dass die Priorität 1 die hochbetagten Personen und das Betreuungspersonal beinhalte, deren Schutz absoluten Vorrang gehabt habe. Die Priorität 2 beinhalte den Personenkreis über 70 Jahre und Personen aus bestimmten Berufsgruppen.

Vors. Mickelat dankt für die ausführlichen Berichte und Informationen und spricht seinen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr aus, die den Landkreis im Impfzentrum in hohem Maße unterstützte.

#### **Zu TOP 15    Mitteilungen des Landrates**

- a) KR Rabe teilt mit, dass der Amtsleiter des Amtes für besondere soziale Leistungen, Herr Logemann, in den Ruhestand versetzt worden sein. Er stellt als Nachfolgerin die vormals stellv. Amtsleiterin Frau Irmtraud Tepe vor.
- b) KR Rabe teilt den Sachstand zur Gesundheitsregion Ammerland mit. Die Gesundheitsregion bestehe aus verschiedenen Netzwerken, die aufgrund der Corona-Lage zurzeit schwer zu verknüpfen seien. Es könnten keine Konferenzen in Präsenz stattfinden und Videokonferenzen seien nicht immer durchführbar bzw. zielführend. Die Gesundheitskonferenz befasse sich mit drei Schwerpunktthemen. Es handle sich dabei um Fachkräftegewinnung, Entlassungsmanagement in Kliniken und um die Kurzzeitpflege. Plätze für eine Kurzzeitpflege würden nur begrenzt vorgehalten. Es solle ein Angebot geschaffen werden, wie es z. B. im Landkreis Osterholz bereits eingeführt wurde. Man habe sich das Modell des LK Osterholz vorstellen lassen. Weitere Modelle wolle man sich ebenfalls vorstellen lassen. Eine große Gesundheitskonferenz sei für September 2021 terminiert.
- c) KR Rabe weist darauf hin, dass die heutige Sitzung die letzte Sitzung des Sozialausschusses vor den Kommunalwahlen sei und somit die letzte Sitzung für Vors. Mickelat, der sich nicht wieder als Kreistagskandidat aufstellen lassen wolle. Vors. Mickelat sei mit 37 Jahren als Mitglied in den Kreistag eingetreten und durchgängig seit über 40 Jahren tätig. In dieser Zeit habe er sich vorrangig für den Bereich Gesundheit und Soziales eingesetzt. Seit dem Jahr 2001 sei er Vorsitzender des Sozialausschusses und habe die Sitzungen immer konstruktiv geführt. KR Rabe dankt Vors. Mickelat im Namen des Sozialausschusses für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Vors. Mickelat führt aus, dass er 43 Jahre kommunalpolitisch tätig sei und damit fast die Hälfte seines Lebens mit dieser Aufgabe verbracht habe. Das Soziale habe bei ihm immer im Vordergrund gestanden und er habe dafür stets Verantwortung gezeigt. Er selber habe als zweijähriger mit seiner Familie aus Ostpreußen flüchten müssen und habe viel Leid und Elend erlebt und er wisse aus Erfahrungen aus seiner Jugendzeit, welche Verpflichtung man gegenüber dem Bürger habe. Die vielfältigen Aufgaben würden zeigen, dass ein Sozialstaat viele Mitwirkende benötige und auch die Verantwortung im Sozialausschuss sei erforderlich. Die sozialen Anforderungen und Aufgaben seien sein Lebensziel und er habe dieses stets mit viel Engagement betrieben. Er dankt der Kreisverwaltung für die stets hervorragende Vorbereitung, Mitwirkung und ständige Bereitschaft der Zusammenarbeit. Er dankt im Weiteren den Mitgliedern des Sozialausschusses für die konstruktiven Beiträge und Mitwirkung. Es sei eine angenehme Zeit gewesen, die am 31. Oktober altersbedingt ende.

Vors. Mickelat verabschiedet sich von den Mitgliedern des Sozialausschusses. Er freue sich auf die noch verbleibende Zeit als Mitglied im Kreistag. Er

wünscht allen Anwesenden für die Zukunft alles Gute und den nächsten Mitgliedern des Sozialausschusses viele gute Beschlüsse und viel Erfolg.

**Zu TOP 16 Anfragen und Hinweise**

Keine Anfragen und Hinweise.

**Zu TOP 17 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

**Zu TOP 18 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Mickelat schließt die öffentliche Sitzung.